

Die im Dunkeln  
sieht man nicht?



## Wohnungsversorgung und Energiewende sozial gestalten!

Haben Sie eine Wohnung? Können Sie heizen?

Haben Sie Strom? – Selbstverständlich?

Nicht für alle! **Handlungsbedarf!**



Eine Untersuchung des „Forum Soziale Energiewende“ Oldenburg

Herausgeber: Forum Soziale Energiewende, Oldenburg, Juli 2014

Kontakt: ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)

Donnerschweer Str. 55, 26123 Oldenburg, Tel.: 0441 - 16313

Mail: [baettig@freenet.de](mailto:baettig@freenet.de)

# Inhalt:

<b>Vorwort</b> .....	4
<b>I. Wohnungsmarkt und Sozialstruktur</b> .....	10
1. Fehlende Sozialwohnungen, steigende Mietbelastung .....	11
2. Wer ist betroffen? .....	11
3. Die Struktur der Wohnungssuchenden .....	13
4. Die „Kostensenkungsaufforderung“ .....	14
<b>II. Regelsatz und Strompreise</b> .....	15
1. Hohe Strompreise, wachsende Zahl von Stromsperrern .....	15
2. Wer verbraucht viel Energie? .....	16
3. Zu wenig Geld für Strom im Regelsatz .....	17
4. Das Beispiel „Care-Energy“ .....	19
<b>III. Regelsatz und Heizkosten</b> .....	20
1. Heizkosten und Gaspreise .....	20
2. Tatsächliche und anerkannte Miet- und Heizkosten .....	21
3. „Kleine“ Summen – große Effekte .....	22
4. Fette Beute – von mageren Opfern .....	22
<b>Schlusswort</b> .....	24



## **Vorwort**

Wir möchten mit dieser Broschüre auf die wachsende Verarmung durch fehlenden bezahlbaren Wohnraum und steigende Strompreise in Oldenburg hinweisen – und darauf, dass die Energiewende zunehmend durch soziale Probleme in Schwierigkeiten gerät.

Oldenburg gehört zu den wachsenden Städten in Deutschland, in denen die Nachfrage nach Wohnungen steigt. Der freie Markt reagiert darauf mit steigenden Mieten. Es fehlen nicht nur Wohnungen vor allem für Ein- bis Zwei-Personenhaushalte, sondern auch vorhandene Wohnungen werden teurer. MieterInnen werden durch zahlungskräftigere verdrängt, aber günstigere Wohnungen gibt es kaum noch. Wer sich keine Eigentumswohnung kaufen oder Preise ab 8,50 Euro Kaltmiete bezahlen kann, findet kaum noch eine Wohnung.

Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind auf Bundesebene durch die nahezu vollständige Einstellung des Sozialen Wohnungsbaus und die auslaufenden Mietpreisbindungen nicht vom Himmel gefallen. Gab es 1999 noch rund vier Millionen Sozialwohnungen, war die Zahl 2011 auf 1,6 Millionen gesunken (FR, 27.08.2013). Verschärft werden sie dadurch, dass wegen der zur Zeit weltweit niedrigen Kapitalmarktzinsen die Investition in Immobilien attraktiv ist. Wohnungsbau als Kapitalanlage unterliegt ausschließlich dem Gesetz des Profits. Solange es eine zahlungskräftige Nachfrage gibt, lohnt sich der Bau, Verkauf und die Vermietung von Immobilien. 70 bis 80 Prozent aller neugebauten Häuser und Wohnungen werden an Anleger verkauft.

Die Bedürfnisse von MieterInnen mit geringem Einkommen und die Nachfrage nach günstigem Wohnraum spielen dabei allerdings keine Rolle, sondern dieser Prozess führt dazu, dass überwiegend Eigentums- und Mietwohnungen mit gehobener Ausstattung neugebaut und vorhandene Wohnungen teuer saniert werden.

Der Rat der Stadt Oldenburg hat reagiert. Im Jahr 2013 wurden für Neubauvorhaben 1,5 Mio. Euro in den Haushalt gestellt. Städtische Grundstücke werden für den Wohnungsbau erschlossen, und in Sanierungsgebieten werden die Förderrichtlinien entsprechend angepasst, um den Anstieg der Mietpreise wenigstens für einen Teil der Wohnungen für eine gewisse Zeit zu begrenzen. Aber die bisherigen Maßnahmen sind Tropfen auf dem heißen Stein. Die Beispiele von allmählicher Zerstörung gewachsener Strukturen im Bahnhofsviertel, der Umgang mit der Wagenburg und die gezielte Gestaltung von Stadtgebieten für Besserverdienende zeigen, für wen die Stadt attraktiv sein möchte.

Es wird deutlich, dass die Probleme auf dem Wohnungsmarkt Ausdruck eines viel größeren Problems sind, das sich inzwischen auch im Bereich von Energie (Heiz- und Stromkosten), Bildung und Ernährung äußert: Die Gesellschaft spaltet sich in Wohlhabende und Arme. Während die einen über steigende Einkommen für Wohnen, Urlaub und Konsum verfügen können, müssen die anderen jeden Cent sogar für die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse wie Wohnen, Heizen, Bildung und Kommunikation zweimal umdrehen. Auch in unserem beschaulichen und vermeintlich heilen Oldenburg ist die Realität gesellschaftlicher Spaltung und Ausgrenzung längst angekommen.

Dieser Prozess wirkt sich auch auf die Energiewende aus. Die Energiewende in Deutschland schreitet voran, und das ist auch gut so: Wir wollen immer mehr Strom aus erneuerbaren Quellen produzieren, um Ressourcen zu sparen und weniger CO<sup>2</sup> zu emittieren. Energiewende bedeutet keineswegs nur eine andere Stromproduktion: Der Brennstoffverbrauch für die Beheizung von Gebäuden verursacht erheblich mehr Emissionen. Die energetische Sanierung von Altbauten muss daher stärker vorangetrieben werden als bisher.

Die Energiewende kostet Geld: Wir können es am Anstieg der EEG-Umlage sehen. Auch wenn die Industrie endlich mehr an den Kosten beteiligt würde, führte die Förderung der Erneuerbaren zu einem deutlichen Anstieg des Strompreises. Wir können es ebenfalls sehen bei der Umlage der Kosten einer energetischen Modernisierung auf die Kaltmiete. Diesen Mehrkosten fürs Wohnen stehen leider in der Regel nur zu einem Drittel verringerte Energiekosten gegenüber.



Ärmere Menschen leiden vermehrt unter höheren Energiekosten. Strom kostet durch das EEG bei einem Durchschnittsverbrauch etwa 20 Euro im Monat mehr. Eine energetische Sanierung einer 100 m<sup>2</sup>-Wohnung für eine 4-köpfige Familie führt bei Umlage der durchschnittlichen Sanierungskosten schon zu einer Erhöhung der Warmmiete um ca. 100 Euro – die eingesparte Energie bereits eingerechnet.

Die Versorgung von Haushalten mit Energie ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Die gestiegenen Kosten für die Basis-Lebensgüter Strom und warme Wohnung führen dazu, dass immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Davon zeugen die bundesweit auf bis zu 800.000 Fälle geschätzten Strom- und Gassperren.

Die Energiewende darf diese gesellschaftliche Spaltung nicht verstärken. Andernfalls würde sie sich auch selber gefährden.

Wir haben Vorschläge erarbeitet, wie wir die Auswirkungen fehlenden bezahlbaren Wohnraums abmildern und die Energiewende sozialer machen können: Das geht sofort hier in Oldenburg – auch ohne lange auf andere Gesetze vom Bund oder Land zu warten.

## **Sofortmaßnahmen auf Bundes- und Länderebene**

Die in der Geschichte periodisch immer wieder auftauchende Wohnungsnot zeigt, dass ohne staatliche Regulierung das Grundbedürfnis nach angemesse-

nem Wohnraum nicht befriedigt werden kann und die Wohnungswirtschaft dem „freien Spiel“ der Marktkräfte entzogen werden sollte. Wir denken, dass langfristig die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Wohnen, Ernährung, Bildung, Verkehr, Kommunikation und Kultur auf einem dem gesellschaftlichen Reichtum angemessenen Niveau für alle Menschen kostenlos sein sollte. Zur Linderung der aktuellen Wohnungsnot und Verhinderung von weiteren Vertreibungsprozessen brauchen wir:

- *mehr sozialen Wohnungsbau und öffentliche Förderprogramme,*
- *Mieterschutz in gewachsenen Stadtteilen,*
- *eine wirksame Mietpreisbremse,*
- *eine deutliche Erhöhung des Wohngelds,*
- *Programme zur energetischen Gebäudesanierung, die nicht auf Kosten der MieterInnen gehen.*

## **Und in Oldenburg?**

Wir wollen zeigen, dass wir auch in Oldenburg noch Einfluss darauf nehmen können, ob wir eine soziale und gerechte Stadt mit Wohnraum für alle werden – oder eine Stadt mit Wohlhabenden im Zentrum und zunehmender Verarmung an den Rändern. Ein Großteil der Misere und die Macht, etwas zu ändern, liegt in der Hand von Bund und Ländern. Aber es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die auch die Kommune ergreifen kann. Dafür werden wir uns einsetzen. Und Oldenburg ist in der Vergangenheit schon öfter mit gutem Beispiel vorangegangen und konnte auf diesem Wege sogar bundesweite Impulse setzen – nicht zuletzt mit dem Schulmaterialfonds für Kinder in Hartz-IV-Haushalten.

Die folgenden Maßnahmen lösen nicht die Probleme des Wohnungsmangels, steigender Miet- und Energiepreise und erst recht nicht das Problem der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung. Aber sie können kurzfristig die Nöte und Sorgen derjenigen lindern, die am meisten von diesen Problemen betroffen sind. Der Verweis auf die Zuständigkeiten von Bund und Ländern zieht deshalb hier nicht als Begründung, vor Ort die Hände in den Schoß zu legen. Es kann gehandelt werden.

Die erste und zweite Möglichkeit liegen in den Händen von Jobcenter, Sozialamt und Stadtrat. Die dritte und vierte Möglichkeit setzen voraus, entsprechenden Einfluss und Druck auf den regionalen Energieversorger auszuüben, der sich immerhin in kommunaler Trägerschaft befindet. Das können Betrof-





fene, ihre Interessenvertretungen und die Politik nur gemeinsam bewerkstelligen. Beispiele aus anderen Städten mit Sozialtarifen und präventiven Maßnahmen zur Verhinderung von Energiesperren und Zwangsräumungen zeigen, dass ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen möglich ist. Eine Abwrackprämie für alte energiefressende Haushaltsgeräte könnte z. B. über eine Drittfiananzierung von EWE, Stadt und den Betroffenen umgesetzt werden.

## 1. Möglichkeit zum Handeln

Immer öfter werden die geltenden Mietobergrenzen für Hartz IV- und Grund-sicherungshaushalte überschritten, und die Behörden verschicken Aufforderungen, die Kosten der Unterkunft zu senken oder eine günstigere Wohnung zu suchen. Dies führt bei den Betroffenen regelmäßig zu Angst und Existenzsorgen. Das gewohnte soziale Umfeld soll aufgegeben werden, was besonders für Familien mit Kindern und ältere Menschen einen üblen und willkürlichen Einschnitt in das bisherige Leben bedeutet. Zudem ist die Suche nach einer günstigeren Wohnung so gut wie aussichtslos. Spätestens nach sechs Monaten aber kürzt die Behörde die Zahlungen für die Unterkunft auf den durch die MOG gedeckten Anteil. Das sowieso schon viel zu knapp bemessene Existenzminimum fürs tägliche Überleben wird noch einmal gekürzt. Das fehlende Geld muss z. B. bei der Ernährung eingespart werden.

***Sofortiger Stopp der Kostensenkungsaufforderungen durch Jobcenter und Sozialamt, solange es nicht ausreichend günstige Wohnungen gibt!***



## 2. Möglichkeit zum Handeln

Hartz IV-Haushalte leben bescheiden: Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Oldenburger Hartz IV-Haushalten beträgt rund 32 m<sup>2</sup>. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person insgesamt in Oldenburg beträgt 44 m<sup>2</sup>.

Entgegen allen Vorurteilen: Einkommensarme Haushalte verbrauchen unterdurchschnittlich Energie – trotzdem sie oft in alten, sanierungsbedürftigen und schlecht isolierten Wohnungen leben müssen. Dies und die steigenden Mieten führen zu einem Betrag von durchschnittlich 250 Euro, der einem alleinstehenden Hartz IV-Bezieher in Oldenburg pro Jahr für Unterkunft und Heizung fehlt, weil er nicht vom Jobcenter übernommen wird.

***Übernahme der vollen Miet- und Heizkosten durch Jobcenter und Sozialamt!***

## 3. Möglichkeit zum Handeln

Die Strompreise sind allein in den letzten beiden Jahren um 15 Prozent gestiegen, seit 2000 haben sie sich verdoppelt. Seit der Strompreiserhöhung der EWE zum Januar 2013 fehlen im Hartz-IV-Regelsatz eines Alleinstehenden pro Jahr durchschnittlich rund 140 Euro für Stromkosten. Weitere Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln und bei der gesellschaftlichen Teilhabe, Stromschulden und immer öfter auch Stromsperrern mit fatalen Folgen für die betroffenen Familien sind die Folge. Ein Hamburger Energielieferant zeigt, dass es anders geht und begrenzt für bedürftige Haushalte den Strompreis auf maximal vier Prozent ihres Einkommens. Daran könnte sich auch die EWE als regionaler Grundversorger orientieren. (Näheres siehe S. 19f)

***Begrenzung der Strombezugskosten auf maximal vier Prozent des Einkommens!***

## 4. Möglichkeit zum Handeln

Gerade in einkommensschwachen Haushalten werden notgedrungen noch oft alte und energiefressende Geräte betrieben. Mit einer Abwrackprämie auf diese alten Geräte, die zu je einem Drittel durch die EWE, die Stadt und die Betroffenen selbst finanziert wird, könnten Haushalte unterstützt werden, in neue und energiesparende Geräte zu investieren.

***Einführung einer Abwrackprämie auf kommunaler Ebene für alte und energiefressende Haushaltsgeräte!***



# I. Wohnungsmarkt und Sozialstruktur

## 1. Fehlende Sozialwohnungen, steigende Mietbelastung

1999 gab es noch 4 Mio. Sozialwohnungen, 2011 waren es nur noch 1,6 Mio. Bundesweit fehlen rund 351.000 Sozialwohnungen. Laut „Step 2025“ müssten bis 2025 rund 5.900 neue Wohnungen in Oldenburg gebaut werden (NWZ, 28.12.2012). 70 bis 80 Prozent aller neugebauten Häuser und Wohnungen werden allerdings an Anleger verkauft.

Die Kaltmiete für Neubauwohnungen ohne öffentliche Förderung beträgt in Oldenburg heute mindestens 8,50 Euro (NWZ, 10.05.2013). Nettokaltmieten über 5,70 Euro/m<sup>2</sup> bei Nebenkosten von 1,70 Euro/m<sup>2</sup> liegen bereits über den Mietobergrenzen für Hartz IV- und Grundsicherungshaushalte. Laut „Pestel-Institut“ sind aber ein Viertel aller Haushalte in Oldenburg (19.320) auf Sozialmieten angewiesen (NWZ, 18.10.2012).

*„In mehr als jeder zweiten größeren Stadt erhöhen die Mietpreise das Armutsrisiko von Kindern. Vielerorts herrscht ein erheblicher Mangel an Wohnungen, die für Familien geeignet und auch bei niedrigem Einkommen erschwinglich sind. Kinder wachsen daher längst nicht nur dann in armen Verhältnissen auf, wenn ihre Familie staatliche Grundsicherung bezieht. Eine aktuelle Studie der empirica AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung belegt: Wer als Familie weniger als 60 Prozent des ortsüblichen mittleren Einkommens verdient, hat in 60 der 100 größten deutschen Städte nach Abzug der Miete im Durchschnitt weniger Geld zur Verfügung als eine Hartz-IV-Familie.“*

(Pressemeldung Gütersloh, 22.07.2013. Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte. Eine Studie von Timo Heyn, Dr. Reiner Braun und Jan Grade (empirica AG) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.)

Während nach dieser Studie der Anteil der für arme Familien finanzierbaren Angebote an allen familiengeeigneten Wohnraumangeboten im Durchschnitt der 100 einwohnerstärksten Städte in Deutschland bereits nur 12 Prozent beträgt, liegt er in Oldenburg bei nur 5 Prozent. (S. 24)

Der Anteil der Miete am Haushaltseinkommen armer Familien in Oldenburg (2 Erwachsene, 1 Kind 7 – 14 Jahre und 1 Kind 0 – 6 Jahre) liegt durchschnittlich bei 31,6 Prozent. Damit unterschreiten diese Familien nach Abzug der Miete die Hartz IV-Regelsätze, die schon nicht existenzsichernd sind, noch um vier Prozent. (S. 35)

Von 2009 bis 2011 hat sich in Oldenburg die Zahl der obdachlosen jungen Erwachsenen zwischen 18 und 26 Jahren von 80 auf fast 160 verdoppelt. Nach Einschätzungen der Diakonie dürfte sich diese Zahl in den letzten beiden Jahren noch einmal erheblich gesteigert haben.

## 2. Wer ist betroffen?

### Jobcenter Oldenburg, Januar 2014

Anzahl Bedarfsgemeinschaften (BG)	9.558
Anzahl Menschen in BG	16.924
Kinder unter 18 Jahren	5.223
Kinder unter 18 J. in alleinerziehenden BG	2.794
Kinder unter 15 Jahren	4.493
Anteil an allen Kindern unter 15 Jahren	21,8 %

Der Rückgang der Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren kommt bei den Hartz-IV-Berechtigten viel langsamer an als bei den Erwerbslosen mit Arbeitslosengeld-I-Bezug. Erschreckend ist der nach wie vor hohe Anteil der Kinder: Mehr als ein Fünftel aller in Oldenburg lebenden Kinder unter 15 Jahren muss von Hartz IV leben.

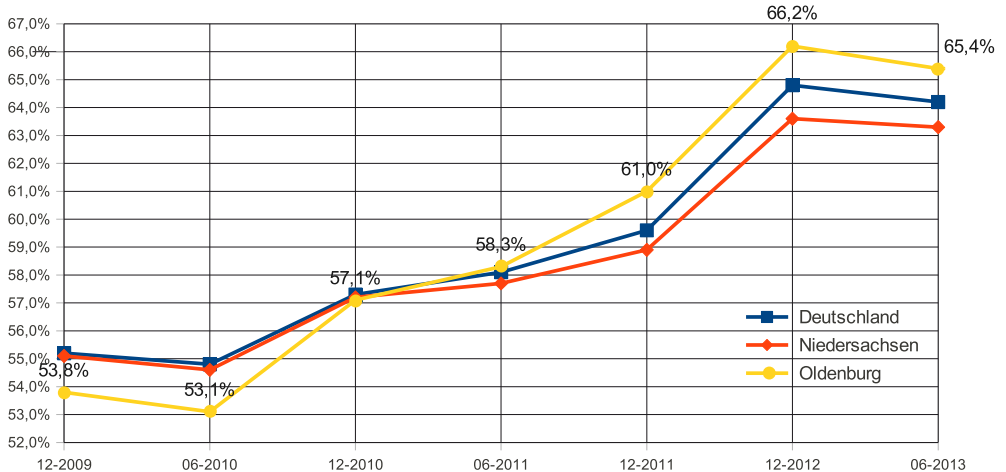
Zudem verfestigt sich die Langzeiterwerbslosigkeit: Bundesweit waren von allen erwerbsfähigen Hartz IV-Berechtigten im September 2012 mehr als zwei Drittel in den letzten zwei Jahren mindestens 21 Monate hilfebedürftig. Absolut waren dies 3,016 Millionen Hartz-IV-Berechtigte.

Fast die Hälfte der Betroffenen im erwerbsfähigen Alter (46,2 Prozent, gut 2 Mio.) bezieht bereits mehr als vier Jahre staatliche Fürsorge (Verweildauer mindestens 50 Monate, für maximal 31 Tage unterbrochen).

(„arbeitsmarktaktuell“, Nr.2, 2013 Herausgeber: DGB Bundesvorstand Abt. Arbeitsmarktpolitik)

Jobcenter Oldenburg:

Personen in Bedarfsgemeinschaften: Anteil am Bestand nach bisheriger Verweildauer:  
2 Jahre und länger



Diese Tendenz sehen wir auch in Oldenburg. Die vorangehende Grafik zeigt, dass allein von Juni 2010 bis Juni 2013 die Zahl der länger als zwei Jahre in Hartz IV verweilenden Personen um fast acht Prozent auf über 65 Prozent gestiegen ist und damit deutlich über den Werten von Deutschland und Niedersachsen liegt.

Von den rund 160.000 Einwohnern in Oldenburg sind zur Zeit 560 Personen Asylbewerber, leben rund 17.000 Personen von Hartz IV, rund 2.000 Personen von Arbeitslosengeld I (plus Familien), rund 1.800 Personen erhalten Wohngeld (2011 bei 5.500 Anträgen), 5.900 Personen beziehen Leistungen nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und andere Leistungen).

Diese Zahlen sind gewiss, wir haben aber keine gesicherten Zahlen darüber, wieviele Personen ein Einkommen haben, das auf Hartz-IV-Niveau oder nur knapp darüber liegt. Wieviele versteckte Arme, Rentner, Geringverdienende, Auszubildende, Studenten gibt es in Oldenburg?

Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen hat herausgefunden, dass bundesweit bis zu 46 Prozent (3,1 bis 4,9 Millionen Betroffene) aller anspruchsberechtigten Haushalte Hartz IV nicht wahrnehmen.

### 3. Die Struktur der Wohnungssuchenden

Für die Entwicklung und Nachfrage auf dem Oldenburger Wohnungsmarkt ist die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften von Bedeutung. 5.512 alleinstehende Bedarfsgemeinschaften (59 Prozent aller BG) bedeuten eine entsprechende Nachfrage nach kleinen und günstigen Wohnungen.

#### **Bedarfsgemeinschaften in Hartz IV**

Von 9.558 BG in Oldenburg sind im Januar 2014:

- 5.512 alleinstehend (rd. 58 %)
- 753 Partner ohne Kind (rd. 8 %)
- 1.211 Partner mit Kindern (rd. 13 %)
- 1.871 alleinerziehend (rd. 20 %)

#### **Nachfragestruktur bei der GSG**

Mit Stand vom November liegen folgende Daten über Wohnungs-Interessenten bei der GSG im Jahr 2013 vor:

Rund 5.071 Haushalte suchen eine Wohnung, davon:

- 2.876 mit 1 Person (56,71 %)
- 1.230 mit 2 Personen (24,26 %)
- 1.255 bis 50 m<sup>2</sup> (24,75 %)
- 637 bis 60 m<sup>2</sup> (12,56 %)
- 440 bis 70 m<sup>2</sup> (8,68 %)
- 2.313 bis Bruttomiete 450,00 Euro (45,61 %)
- 1.613 mit Alg I, Alg II oder Grundsicherung SGB XII (31,81 %)

*Dass weit mehr als die staatliche Transferleistungen beziehenden Haushalte (1.613) auf günstige Wohnungen angewiesen sind, wird daran deutlich, dass 2.313 Haushalte eine Wohnung mit einer Bruttomiete bis 450,00 Euro suchen.*

*Angesichts dieser Nachfragestruktur wird klar, dass die Sanierung von Wohnungen mit der Folge von Mieterhöhungen sowie der Neubau von Wohnungen ohne Förderung an den Bedürfnissen der überwiegenden Zahl der MieterInnen und Wohnungssuchenden in Oldenburg vorbei geht. Dies müsste im übrigen auch bei der mit öffentlichen Mitteln geförderten energetischen Sanierung von Wohnraum berücksichtigt werden.*

## 4. Die „Kostensenkungsaufforderung“

Die steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt unterlaufen die vom Jobcenter und Sozialamt für Hartz IV- und Grundsicherungsberechtigte festgelegten Mietobergrenzen (MOG), siehe die folgende Tabelle.

### Heizkosten und Regelsätze

#### Angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung, Jobcenter Oldenburg

	Miete + NK	Wohnfläche m <sup>2</sup>	Heizkosten/m <sup>2</sup>	Summe
1 Person	363,00 €	50	1,50 €	438,00 €
2 Personen	442,50 €	60	1,50 €	532,50 €
3 Personen	526,90 €	75	1,50 €	639,40 €
4 Personen	611,60 €	85	1,50 €	739,10 €
5 Personen	701,80 €	95	1,50 €	844,30 €
weitere Person	84,70 €	10	1,50 €	99,70 €

Bezüglich der Kosten der Unterkunft findet die Wohngeldtabelle in der Fassung ab dem 01.01.2009 mit einem Aufschlag von 10 % Anwendung. In den Heizkosten ist die Warmwasserbereitung enthalten.

**Eine Auswertung der Sozialberatung in der ALSO für das Jahr 2013 zeigt alarmierende Zahlen: Über dreißig Prozent der Ratsuchenden leben in Wohnungen, deren Mieten über den anerkannten MOG liegen. Über dreißig Prozent aller Haushalte müssen also einen Teil ihrer Kosten für die Unterkunft aus ihrem Regelsatz bezahlen – das bedeutet nichts anderes, als die Miete vom Munde abzusparen. Dabei stehen einem Erwachsenen pro Tag für Essen und Trinken sowieso nur rund fünf Euro zur Verfügung.**

*Wir fordern die Stadt und das Jobcenter zum wiederholten Male auf, endlich die vorhandenen Zahlen zu diesen Verhältnissen auszuwerten und öffentlich zu machen; es kann nicht sein, dass die Kommune, die schließlich die Unterkunftskosten bezahlt, dazu keine aussagefähigen Zahlen vom Jobcenter erhält!*



## **II. Regelsatz und Strompreise**

### **1. Hohe Strompreise, wachsende Zahl von Stromsperrern**

Die Strompreise sind allein in den letzten beiden Jahren um 15 Prozent gestiegen, seit 2000 haben sie sich verdoppelt. 600.000 Haushalten wird jährlich der Strom gesperrt (NWZ, 06.03.2013). Laut EWE gibt es in Oldenburg nur 100 Stromsperrern pro Jahr. Aber Betroffenen- und Beratungseinrichtungen bezweifeln diese Zahlen. Allein die Oldenburger Diakonie verzeichnet 2012 gegenüber 2011 doppelt so viel Anfragen zu Stromsperrern. Die ökumenische Wohnungslosenhilfe hat im Jahr 2012 allein 40.000 Euro Darlehen an betroffene MieterInnen in Notlagen rund um Miet- und Energiepreise vergeben.

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) verzeichnet in ihrer Sozialberatung zunehmende Probleme mit Nachzahlungsforderungen der EWE für Stromkosten, durch das Jobcenter nicht übernommene Heizkosten sowie Zwangsumzügen, d. h. Aufforderungen, die Unterkunftskosten zu senken oder sich eine günstigere Wohnung zu suchen, weil die Mietkosten die für Oldenburg festgelegten Mietobergrenzen überschreiten.



---

## 2. Wer verbraucht viel Energie?

Zuerst muss mit dem verbreiteten Vorurteil aufgeräumt werden, Haushalte mit geringen Einkommen würden Energie verschwenden.

*Für Österreich hat ein Forschungsinstitut „aus der Konsumerhebung 2004/05 den Energieverbrauch für verschiedene Einkommensschichten herausgearbeitet und damit erstmals eine Datengrundlage dazu geschaffen. [...] Die Untersuchung nach Einkommenskategorien zeigt, dass das oberste Einkommensquartil in absoluten Zahlen ungefähr doppelt so viel für Energie ausgibt, wie das Unterste. [...] Diese Zahlen widerlegen das Vorurteil, dass sozial schwache Haushalte aufgrund von ihnen eigenen Verhaltensweisen wie Sorglosigkeit und Uninformiertheit einen höheren Energieverbrauch gegenüber einkommensstärkeren Haushalten aufweisen. Werden objektive Kriterien hinzugefügt, wie die längere Aufenthaltsdauer in der Wohnung (Arbeitslosigkeit), die schlechtere Energieeffizienz der Gebäude und der Geräteausstattung und weitere Merkmale wie die häufige Überbelegung der Wohnungen in armutsgefährdeten Haushalten, dann ist eher von einer sparsameren Verhaltensweise von sozial schwachen gegenüber wohlhabenderen Menschen auszugehen.“*

(Michael Kopatz, Markus Spitzer, Anja Christanell: Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien. Nr. 184 Oktober 2010. Wuppertal Papers. Herausgeber: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, S. 18f)

Aus den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2008 in Deutschland geht hervor, „dass die Durchschnittsverbrauchszahlen deutlich höher sind als die Verbrauchszahlen der Familien, die Regelsatz-Leistungen beziehen. [...] Auffällig dabei ist, dass offenbar Paarhaushalte mit Kindern einen um über 20 Prozent höheren Durchschnittsverbrauch haben, als dies im Regelsatz bei Haushalten mit Kindern vorgesehen ist.“

(Martens, Rudolf: Stromkosten im Regelsatz: Modellrechnungen und Graphiken. Kurzexpertise Paritätische Forschungsstelle, Sachstand 23. Mai 2012, Berlin.)

Zudem leben Hartz IV-Haushalte bescheiden: Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Hartz IV-Haushalten beträgt rund 32 m<sup>2</sup>. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Oldenburg beträgt 44 m<sup>2</sup>.

(<http://www.presseportal.de>, 08.01.2013)

### 3. Zu wenig Geld für Strom im Regelsatz

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis von Strompreisen der EWE ab Anfang 2014 zum Anteil für Strom im Regelsatz für verschiedene Haushaltstypen dargestellt. In Spalte 2 sind die durchschnittlichen Verbrauchswerte, in Spalte 3 die der Hartz IV-Haushalte und in Spalte 4, wieviel Prozent des durchschnittlichen Verbrauchs Hartz IV-Haushalte verbrauchen, dargestellt. Die Spalten 5, 6 und 7 zeigen, wieviel Strom pro Jahr verbraucht wird, wieviel dieser Strom kostet und wieviel dafür im Hartz IV-Regelsatz zur Verfügung steht.

#### EWE-Preise ab 2014 (Kwh = 27,70 Cent, Grundpreis = 71,40 €/Jahr – Tarif classic)

Haushaltsgröße	Ø Kwh/Jahr (ohne Ww)	Hartz IV-Haushalte*		Jahrespreis		Im Regelsatz	Fehlbetrag
		Ø Kwh/Jahr	% vom Ø	Ø Kwh/Jahr	Hartz IV		
1-Personen	1.798	1.575	87,60%	569,45	507,68	364,57 €	-143,11 €
2-Personen	2.850	2.701	94,77%	860,85	819,58	625,42 €	-194,16 €
3-Personen	3.733	3.078	82,45%	1.105,44	924,01	712,44 €	-211,57 €
4-Personen	4.480	3.647	81,41%	1.312,36	1.081,62	844,27 €	-237,35 €

#### EWE-Preise ab 2014 (Kwh = 26,01 Cent, Grundpreis = 71,40 €/Jahr – Tarif online 12)

Haushaltsgröße	Ø Kwh/Jahr (ohne Ww)	Hartz IV-Haushalte*		Jahrespreis		Im Regelsatz	Fehlbetrag
		Ø Kwh/Jahr	% vom Ø	Ø Kwh/Jahr	Hartz IV		
1-Personen	1.798	1.575	87,60%	539,06	481,06	364,57 €	-116,49 €
2-Personen	2.850	2.701	94,77%	812,69	773,93	625,42 €	-148,51 €
3-Personen	3.733	3.078	82,45%	1.042,35	871,99	712,44 €	-159,55 €
4-Personen	4.480	3.647	81,41%	1.236,65	1.019,98	844,27 €	-175,72 €

\*2 Personen=Paarhaushalt (nach Martens R. kann hier nicht ausgeschlossen werden, dass zu den Paarhaushalten auch Haushalte Alleinerziehender, „Zwei-Personen-Haushalte“, hinzugerechnet wurden.); 3-Personen=1 Kind unter 6 J.; 4-Personen=2 Kinder 5 und 10 Jahre

**Quellen:** Martens, Rudolf (2012): Stromkosten im Regelsatz: Modellrechnungen und Graphiken. Kurzexpertise Paritätische Forschungsstelle, Sachstand 23. Mai 2012, Berlin.

Michael Kopatz, Markus Spitzer, Anja Christanell: Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien. Nr. 184, Oktober 2010. Wuppertal Papers. Herausgeber: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. EWE-Oldenburg: <http://www.ewe.de/privatkunden/kunden-center-oldenburg.php>.  
Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bedarf\\_an\\_elektrischer\\_Energie](https://de.wikipedia.org/wiki/Bedarf_an_elektrischer_Energie).

Dem Ein-Personen-Haushalt im Hartz IV-Bezug fehlen pro Jahr über 140 Euro für Stromkosten! Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass die EWE nach Tarifänderungen und bei Neuanmeldungen ohne auf günstigere Tarife hinzuweisen in den „comfort“-Tarif einstuft, der sogar 28,30 Cent/Kwh kostet. Die Kunden müssen von sich aus aktiv werden, um in einen günstigeren Tarif zu kommen.



Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hat im Sommer hochgerechnet, dass fast 800.000 Haushalten in Deutschland 2011 wegen Zahlungsproblemen zeitweilig der Strom abgeklemmt wurde. Der Bund der Energieverbraucher ging von 600.000 bis 800.000 betroffenen Haushalten in diesem Jahr aus.

(<http://www.n-tv.de/ratgeber/Sperre-muss-angekündigt-werden-article7639836.html>)

In Köln gab es 2012 nach Auskunft des Sozialausschusses der Stadt etwa 10.000 Stromsperrern.

([http://www.energieverbraucher.de/de/Umwelt-Politik/Politik/Brennstoff-Armut/Sozialtarif\\_\\_2421/ContentDetail\\_\\_13347/](http://www.energieverbraucher.de/de/Umwelt-Politik/Politik/Brennstoff-Armut/Sozialtarif__2421/ContentDetail__13347/))

In Wuppertal sollen es laut der unabhängigen Beratungsstelle „Tacheles“ mehr als 3.000 pro Jahr sein. Die EWE spricht in Oldenburg von lediglich 100 Haushalten. „Die Sperrung unterbleibe aber, wenn die Tagestemperatur unter dem Gefrierpunkt liegt. Nicht gesperrt würden zudem Haushalte, in denen Energie erkennbar zur medizinischen Versorgung zwingend benötigt wird.“ (NWZ, 28.01.2013) Diese Angaben werden von verschiedenen Beratungseinrichtungen angezweifelt, und es wäre bekanntlich nicht das erste Mal, dass die EWE mit Zahlen auf ganz eigene Weise verfährt.

Ein Beispiel aus der unabhängigen Sozialberatung der ALSO spricht eine ganz andere Sprache: Genau an dem Tag, an dem die EWE ihre Informationen im Sozialausschuss der Stadt Oldenburg präsentierte, begleitete ein ALSO-Berater eine Alleinerziehende mit einem Kleinkind ins Jobcenter: Ihr war im Januar (!) seit mehreren Wochen der Strom gesperrt worden.

## 4. Strompreisbegrenzung – geht doch!

Ein Hamburger Energielieferant zeigt, dass es anders geht: Seit dem 1. September 2012 zahlen bedürftige Kunden maximal 4 Prozent ihres Einkommens für ihre Energielieferung aus Strom oder 8 Prozent für den gesamten Energiebezug (Strom, Gas, Öl, Kohle, Holz). Die ersten Sozialtarifbestätigungen ergaben, dass die betroffenen Kunden nun 30 Prozent weniger für die Energie bezahlen, das sind bis zu 80 Euro weniger im Monat. (<http://www.care-energy-online.de/index.php/stromgas/strom/sozial-tarif.html>)

In Oldenburg beträgt das Einkommen eines alleinstehenden Hartz-IV-Berechtigten 754,00 Euro (391,00 Euro Regelsatz plus 363,00 Euro Bruttokaltmiete). Davon 4 Prozent ergeben 30,16 Euro – das ist fast exakt der Betrag, der aktuell im Regelsatz für Strom eingerechnet ist. Daran könnte sich auch die EWE als regionaler Grundversorger orientieren.

Gegen solche oder ähnliche Sozialtarife wird eingewendet, dass sie keinen Anreiz zum Energiesparen liefern. Wir stellen deshalb den Vorschlag zur Diskussion, den für diesen Tarif bezogenen Strom auf die durchschnittlich verbrauchte Menge des entsprechenden Haushaltstyps zu begrenzen und darüber hinaus verbrauchten Strom normal zu berechnen.



# III. Regelsatz und Heizkosten

## 1. Heizkosten und Gaspreise

Bei den Wohnkosten erkennt das Jobcenter Oldenburg zur Zeit Heizkosten bis zu 1,50 Euro/m<sup>2</sup> an (siehe Tabelle auf S. 14). In der folgenden Tabelle mit durchschnittlichen Verbrauchswerten für verschiedene Haushaltstypen in Oldenburg wird deutlich, dass die Gaspreise der EWE sich diesem Wert annähern.

### Gaspreise und Verbrauch, EWE Oldenburg Ewe Erdgas comfort

Juni 2013 (Kwh = 6,50 Cent, Grundpreis = 142,80 €/Jahr)

Haushaltsgröße	Wohnfläche	Bauzustand	Kwh/Jahr	Preis/m <sup>2</sup> /Monat
1 Person	50 m <sup>2</sup>	Altbau	10700	1,40 €
3 Personen	85 m <sup>2</sup>	Altbau	19100	1,36 €
4 Personen (EFH)	150 m <sup>2</sup>	Altbau	32800	1,26 €

Preissteigerung gegenüber 2007 um mehr als 25 Prozent!

### Ewe Erdgas classic

Juni 2013 (Kwh = 6,08 Cent, Grundpreis = 142,80 €/Jahr)

Haushaltsgröße	Wohnfläche	Bauzustand	Kwh/Jahr	Preis/m <sup>2</sup> /Monat
1 Person	50 m <sup>2</sup>	Altbau	10700	1,32 €
3 Personen	85 m <sup>2</sup>	Altbau	19100	1,28 €
4 Personen (EFH)	150 m <sup>2</sup>	Altbau	32800	1,19 €

### Ewe Erdgas fix

Juni 2013 (Kwh = 5,93 Cent, Grundpreis = 142,80 €/Jahr)

Haushaltsgröße	Wohnfläche	Bauzustand	Kwh/Jahr	Preis/m <sup>2</sup> /Monat
1 Person	50 m <sup>2</sup>	Altbau	10700	1,30 €
3 Personen	85 m <sup>2</sup>	Altbau	19100	1,25 €
4 Personen (EFH)	150 m <sup>2</sup>	Altbau	32800	1,16 €

Altbau: unwesentlich modernisierte MFH; inklusive Warmwasserbereitung.

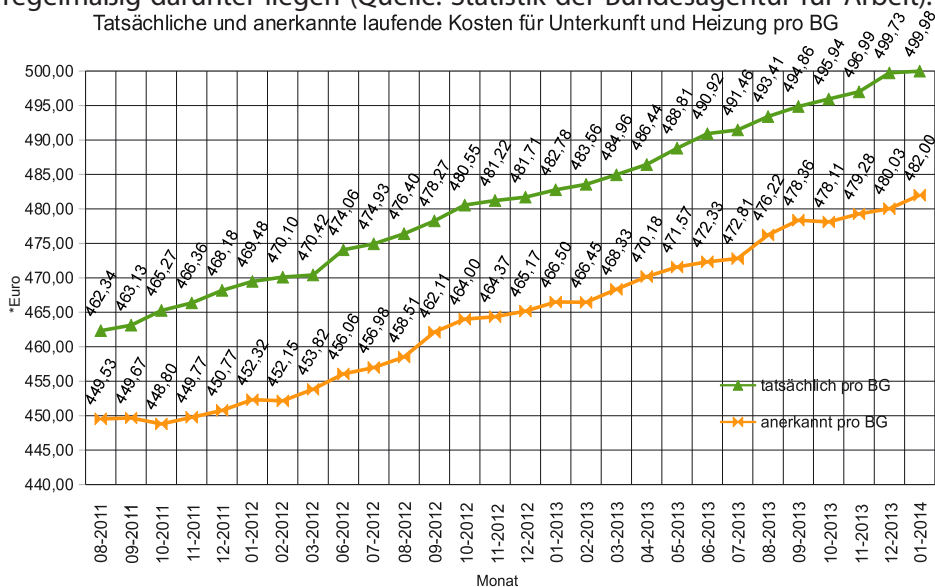
Quellen: Auskünfte EWE; Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Oldenburg 2020

Es handelt sich hierbei um Durchschnittswerte, und so ist es nicht verwunderlich, dass in der Sozialberatung der ALSO sich die Fälle häufen, in denen das Jobcenter nicht die vollen Heizkosten übernimmt, so z. B. auch, wenn die Wohnung größer ist, als in der Tabelle vorgesehen, und die Heizkosten nur für die vorgesehene Größe berechnet werden.

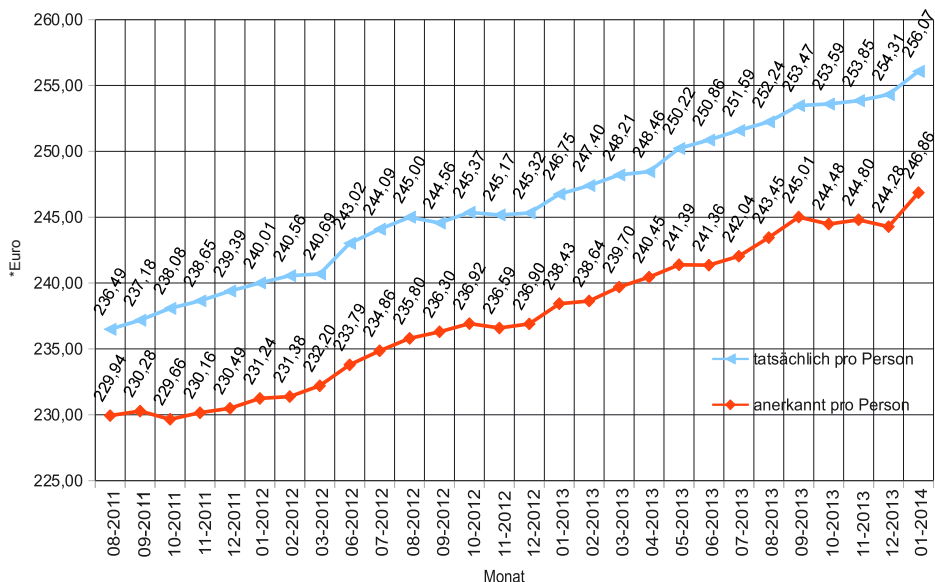
## 2. Tatsächliche und anerkannte Miet- und Heizkosten

„Die folgenden Grafiken zeigen die jeweils durchschnittlichen tatsächlichen Miet- und Heizkosten pro Bedarfsgemeinschaft und pro Person in Oldenburg – und dass die davon durch das Jobcenter anerkannten Kosten regelmäßig darunter liegen (Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit).

Tatsächliche und anerkannte laufende Kosten für Unterkunft und Heizung pro BG



Tatsächliche und anerkannte laufende Kosten für Unterkunft und Heizung pro Person



---

### 3. „Kleine“ Summen – große Effekte

Diese Unterdeckung mag gering erscheinen, aber weil es nur durchschnittliche Werte sind, kann sie in den betroffenen Fällen umso härter ausfallen.

In der letzten Grafik oben wird klar, dass allein im Durchschnitt jeder Person in einem Hartz-IV-Haushalt in Oldenburg pro Monat rund neun Euro fehlen, was sich im Jahr auf 108 Euro pro Person summiert – also für eine vierköpfige Familie z. B. bedeutet, dass 432 Euro im Jahr nur für die Unterkunfts- und Heizungskosten fehlen.

Für die Bereiche Strom und warme Unterkunftskosten zusammengenommen fehlen einem alleinstehenden Hartz IV-Haushalt also durchschnittlich fast 250 Euro im Jahr, der vierköpfigen Familie fast 670 Euro.

### 4. Fette Beute – von mageren Opfern

Aber es gibt auch Gewinner: Fast zwei Mio. Euro spart die Stadt Oldenburg im Jahr 2013 auf Kosten der Armen, weil das Jobcenter im Durchschnitt monatlich rund 17 Euro der tatsächlichen Unterkunfts- und Heizungskosten für die rund 9.500 Bedarfsgemeinschaften nicht anerkennt.

## Energiewende als kommunales Beschäftigungsprojekt

Wir haben auf die Probleme mit Miet- und Energiekosten hingewiesen, von denen auch in Oldenburg eine wachsende Zahl von BürgerInnen betroffen ist. Und wir haben vier Möglichkeiten zum schnellen Handeln aufgezeigt:

- ***Sofortiger Stopp der Kostensenkungsaufforderungen durch Jobcenter und Sozialamt, solange es nicht ausreichend günstige Wohnungen gibt!***
- ***Übernahme der vollen Miet- und Heizkosten durch Jobcenter und Sozialamt!***
- ***Begrenzung der Strombezugskosten auf maximal vier Prozent des Einkommens!***
- ***Einführung einer Abwrackprämie auf kommunaler Ebene für alte und energiefressende Haushaltsgeräte!***



Angesichts der Tatsache, dass Hartz-IV- und Grundsicherungsberechtigte sowie alle anderen Haushalte mit geringen Einkommen durchschnittlich weniger Energie verbrauchen als vergleichbare Haushalte, in kleineren und schlechter isolierten Wohnungen leben, sich mehr zu Hause aufhalten und überwiegend ältere und energieintensivere Haushaltsgeräte verwenden müssen, macht es wenig Sinn, Energiesparbemühungen ausschließlich auf ihr vermeintlich unvernünftiges Energieverhalten zu konzentrieren. Vielmehr sollte die Energiewende als ein gesamt-kommunales Beschäftigungsprojekt begriffen werden. Das würde bedeuten, Erwerbslose und Geringverdiener vor ihren negativen sozialen Auswirkungen zu schützen, statt sie zu Objekten gutgemeinter, aber fehlplatzierter Beratungen und Bevormundungen zu degradieren. Zum einen müssten alle BürgerInnen und vor allem Hausbesitzer in die Aufklärungs- und Beratungsarbeit einbezogen werden. Zum anderen müssten die heute oftmals mit unsinnigen Kontroll- und „Beschäftigungs“-maßnahmen für Erwerbslose verschenkten Gelder in sinnvolle Fortbildungs-, Umschulungsprojekte und Sanierungsmaßnahmen z. B. an öffentlichen Gebäuden gesteckt werden.

Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik könnte so gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben mit individuell nützlichen und sinnvollen Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose kombinieren. Energiesparen im Rahmen eines kommunalen Beschäftigungsprojekts könnte heißen

- **die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude voranzutreiben,**
- **die energetische Sanierung der privaten Häuser zu fördern,**
- **alle Haushalte gleichermaßen zu beraten – z. B. auch über die Energiekosten von Zweitwagen, Zweitfernsehern, Zweitcomputern, Zweit-Playstations, Smartphones, Hifi-Anlagen, Saunen, Wintergärten, elektrischen Jalousien und Garagentoren, Elektrogrills, Flugreisen, Kaffeeautomaten ...**
- **Erwerbslose zu Energieberatern in regulärer Beschäftigung zu qualifizieren,**
- **Sanierungsgebiete vor Mietsteigerungen durch energetische Sanierung zu schützen.**

---

# Die im Dunkeln sieht man nicht?

Wohnungsversorgung und  
Energiewende sozial gestalten!

## Impressum:

**Herausgeber:** Forum Soziale Energiewende  
Oldenburg, Juli 2014

## Kontakt:

ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)  
Michael Bättig, Donnerschweer Str. 55  
26123 Oldenburg, Tel.: 0441 - 16313  
Mail: baettig@freenet.de

**Layout:** Werkstattgraphik, Jürgen Biella

## Druck:



### Fotos:

Titelbild: 110590 by S. Hofschlaeger  
Seite 4: 240405 by Jutta Marquardt  
Seite 6: 491201 by olga meier-sander  
Seite 8: 461141 by Maren Beßler  
Seite 10: 525401 by Viola  
Seite 15: 65179 by Henrik G. Vogel  
Seite 18: 668652 by Tim Reckmann  
Seite 19: 288385 by Antje Delater  
Rückseite links: 207374 by Paul Marx  
Rückseite rechts: 102313 by Stieber herwig  
alle pixelio.de